

**Kleine Anfrage Fraktion SVP (Ueli Jaisli): Unnötige Gerichtskosten: Wer hat bezahlt?**

In der Sache geht es um eine Kollektivbeschwerde gegen die unbefristete Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg. Am 28. März 2013 lehnte das Bundesgericht eine entsprechende Beschwerde ab und stellte den 116 Beschwerdeführern die Partei- und Verfahrenskosten in der Höhe von Fr. 100'000.00 in Rechnung. Mit diesem Betrag haften die Beschwerdeführer solidarisch. Daraufhin forderte ein GB-Vorstoss in einer Motion, die Stadt Bern solle sich mit den unterlegenen AKW-Gegnern solidarisieren und sich finanziell an den Kosten beteiligen. Ich bitte den Gemeinderat die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wurden die Gerichtskosten beglichen? Wenn Ja, durch wen?
2. Hat sich die Stadt vollumfänglich oder anteilmässig an den Gerichtskosten beteiligt?

Die Fragen aus der Bevölkerung erscheinen im öffentlichen Interesse, da wir oft darauf angesprochen werden.

Bern, 22. Mai 2014

*Erstunterzeichnende: Ueli Jaisli*

*Mitunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat, Roland Jakob, Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Nathalie D'Addezio, Erich Hess, Kurt Rügsegger*

**Antwort des Gemeinderats**

Die in der Kleinen Anfrage erwähnte GB-Motion ist die am 25. April 2013 eingereichte *Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher/Regula Tschanz, GB): Die Stadt Bern soll sich an den Kosten des Mühleberg-Verfahrens beteiligen!*. Der Gemeinderat hat sie fristgerecht an seiner Sitzung vom 23. Oktober 2013 behandelt und die Antwort zu Händen des Stadtrats weitergeleitet. Die Motion wurde im Rat noch nicht behandelt. Die Antwort des Gemeinderats kann jedoch bereits seit Monaten im Internet eingesehen werden<sup>1</sup>.

Bereits am 23. Mai 2013 hat sich der Gemeinderat im Stadtrat bei Frage 1 der *Kleinen Anfrage Die Stadt Bern ist Teil von „Mühleberg verfahren“ - welche Taten folgen auf den Bundesgerichtsentscheid vom 28. März 2013?* deutlich zum Thema geäussert<sup>2</sup>.

Der Gemeinderat fragt sich deshalb, welche Fragen des vorliegenden Vorstosses „Unnötige Gerichtskosten: Wer hat bezahlt?“ noch nicht beantwortet sind. Im vorliegenden Vorstoss wird darauf hingewiesen, dass die Unterzeichnenden oft auf die genannte Thematik von der Bevölkerung angesprochen würden. Auf die Antworten des Gemeinderates vom 23. Mai 2013 und vom 23. Oktober 2013 darf verwiesen werden.

Bern, 18. Juni 2014

Der Gemeinderat

<sup>1</sup> [https://ris.bern.ch/Geschaeft.aspx?OBJ\\_GUID=4684875b5056496c97c1f70379e07566](https://ris.bern.ch/Geschaeft.aspx?OBJ_GUID=4684875b5056496c97c1f70379e07566)

<sup>2</sup> [https://ris.bern.ch/Geschaeft.aspx?OBJ\\_GUID=e600fced4fc04f0fb60d1f5322d42e15](https://ris.bern.ch/Geschaeft.aspx?OBJ_GUID=e600fced4fc04f0fb60d1f5322d42e15)